

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/149

8. August 1977

Vorgeschlagene Gebührenerhöhung ist unzureichend

-----  
Zur Gebührenpolitik der Rundfunk- und Fernsehanstalten

Von Hans Koschnick  
Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und stellvertre-  
tender Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 45 Zeilen

KSZE doch ein guter Weg

-----  
Westliche Länder haben ihre wesentlichen Ziele erreicht

Von Kurt Mattick MdB  
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Innerdeutsche  
Beziehungen

Seite 3 bis 5 / 99 Zeilen

-----  
Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Fragen zum Mordfall Ponto

-----  
Wie sehr sind wir mitschuldig?

Von Heinrich Albertz  
Pfarrer und ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin

Seite 6 / 33 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 498  
Postfach 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 39/38  
Telex: 68 68 845-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Köln Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Vorgeschlagene Gebührenerhöhung ist unzureichend  
-----

Zur Gebührenpolitik der Rundfunk- und Fernsehanstalten

Von Hans Koschnick

Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und  
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Nachdem die "Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten" (KEF) am 23. Juni 1977 ihren Bericht den Regierungschefs der deutschen Bundesländer erstattet hat, wird sich zunächst die Rundfunkkommission der Ministerpräsidentenkonferenz mit diesem Arbeitsergebnis zu befassen haben.

Auch die demokratischen Parteien werden in der nächsten Zeit gezwungen sein, sich verbindlicher zu äußern, denn schließlich werden die Landtage bei ihrer Diskussion über eine Zustimmung zu den notwendig gewordenen Gebührenerhöhungen wissen wollen, welche Haltung die Parteivorstände zu dieser Frage einnehmen.

Ohne den notwendigen Meinungsbildungsprozeß auf Bundes- und Landesebene vorgreifen zu wollen oder gar Beschlußgremien zu präjudizieren, möchte ich als Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen meinen Standpunkt deutlich machen:

In Übereinstimmung mit meinem Hamburger Kollegen Hans-Ulrich Klose vertrete ich die Auffassung, daß die vorgeschlagene Gebührenerhöhung, was den Zeitpunkt als auch die Höhe anbelangt, unzureichend ist.

Wer Rundfunk und Fernsehen als kulturpolitisches Medium mit wichtigem Bildungsinhalt sieht, wird nicht darum herumkommen, für diese Aufgabe einen höheren Beitrag als bisher zu leisten. Wer nämlich dazu die Leistungen der Länder und vor allem der Städte für ihre Kultureinrichtungen (Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken etc.) vergleicht, kommt zu dem Schluß, daß die bisherigen Gebühren weiß Gott nicht als überhöht bezeichnet werden können.

Meine Bereitschaft, für eine frühere und größere Gebührenerhöhung einzutreten, verbinde ich allerdings auch mit der Aufforderung an die ARD

und das ZDF, die innere Organisation der Anstalten - nicht zuletzt die Verwaltung - zu straffen, die Personalkosten auf ein vertretbares Maß zu begrenzen und in der Produktion mehr Wert auf Qualität als auf Einschaltquoten zu legen.

Zu den Personalkosten noch ein Wort: Es wird immer unverstündlich bleiben, warum alle Anstalten eigene Haustarife und unterschiedliche Versorgungsregelungen haben müssen. Sollte es nicht möglich sein, hier einen einheitlichen, öffentlich-rechtlichen Arbeitgeberverband des Rundfunks und des Fernsehens zu bilden, der mit den zuständigen Gewerkschaften die allgemeinen und besonderen Tarifmerkmale festlegt. Was im öffentlichen Dienst möglich ist, müßte doch auch dort möglich sein. In den Stellenplänen mag dann der größere, umfangreichere, bedeutungsvollere Aufgabenbereich in den großen Anstalten seinen Niederschlag finden und damit auch der größere Anreiz für Aufsteiger durch Leistung gesichert werden. Das jetzige System verdient es nicht, als "gerecht" oder auch nur als "vernünftig" bezeichnet zu werden.

Was die Qualität der Arbeit anbelangt, möchte ich mich auf Adolf Grimme berufen, der als Generaldirektor des NWDR folgende Maxime vertreten hat: "Der Rundfunk darf nicht der verführerischen Jagd nach Popularität verfallen, wer gewillt ist, das Beste im Menschen anzusprechen, muß nun einmal den Mut zur Unpopularität besitzen."

Dieser Satz gilt auch heute noch, und zwar nicht nur für den Rundfunk, sondern im gleichen Maße für das Fernsehen. (-/8.8.1977/bgy/ja)

+ + +

KSZE doch ein guter Weg  
-----

Westliche Länder haben ihre wesentlichen Ziele erreicht

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Es ist nunmehr als sicher anzusehen, daß die zweite Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE genannt, vom 4. Oktober zunächst bis Mitte Dezember stattfinden wird. Es wird offengelassen, ob diese im Januar fortgesetzt wird. Entgegen allen Unkenrufen der Opposition in der Bundesrepublik und eines Teils der Presse sind die vorbereitenden Verhandlungen für ein KSZE-Folgetreffen eben noch zu einem guten Abschluß gelangt. Wer dieses Ergebnis an den Vorstellungen mißt, mit denen die westlichen Länder in die Verhandlungen gegangen sind, wird feststellen, daß die gemeinsam auftretenden westlichen Länder, unterstützt durch die neutralen Staaten, ihre wesentlichen Ziele erreicht haben.

Es ist sichergestellt, daß ab 4. Oktober ds. Js. ausgiebig Gelegenheit gegeben ist, unsere dringenden Anliegen im Rahmen der Konferenz und in den Arbeitsorganen zur Sprache zu bringen. Der bisherige Verlauf der Vorgespräche gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß dies in sachlicher Form und Atmosphäre geschehen kann. Hier geht es nicht um einen Schlagabtausch, sondern darum, für die Menschen in Europa und besonders in Deutschland weitere Fortschritte zu sichern. Hier kann und soll es nicht darum gehen, jeweils der anderen Seite am Konferenztisch eine Niederlage beizubringen. Dazu eignet sich die Konferenz überhaupt nicht, denn sie kann nur erfolgreich zu Ende geführt werden, wenn alle 35 Teilnehmerstaaten einen gemeinsamen Nenner erreichen. Wer es in Belgrad dem Osten oder auch nur der DDR "geben" will, der will in Wirklichkeit gar keine Konferenz.

Das erste KSZE-Treffen in Helsinki 1975 hat für Europa viele positive Ergebnisse erbracht, die inzwischen auch von der Opposition nicht mehr geleugnet werden können. Es ist ein Entspannungsprozeß eingeleitet worden, aus dem sich auch die DDR-Regierung auf die Dauer nicht herausmogeln kann. Es wurden in Helsinki allgemein anerkannte Maßstäbe für das Zusammenleben in Europa gesetzt

und Grundlagen und Möglichkeiten für die, wenn auch langsame, Überwindung der frontalen Differenzen geschaffen.

Deutliche Fortschritte sind auf folgenden Gebieten feststellbar:

- Die Prinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen haben sich bewährt.
- Die vertrauensbildenden Maßnahmen wurden weitgehend realisiert.
- Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde beträchtlich intensiviert.
- Die erreichten humanitären Erleichterungen in der Familienzusammenführung, bei Eheschließungen und Verwandtenbesuchen, im Reiseverkehr und bei sonstigen Kontakten lassen zwar noch sehr viele Wünsche offen, aber beträchtliche Fortschritte sind auch da nicht zu leugnen. 75.000 Deutsche und Deutschstämmige sind seit Helsinki aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Aus der DDR fanden 30.000 geregelte Übersiedlungen statt.

Europa ist trotz allem friedlicher und sicherer geworden.

Auf der KSZE in Helsinki 1975 war die Sicherheitspolitik, also die Frage der Abrüstung, auf die sogenannten vertrauensbildenden Maßnahmen beschränkt worden, weil man von der richtigen Annahme ausging, daß die notwendigen Maßnahmen der Rüstungsbeschränkung und -kontrolle zunächst zweckmäßiger von den in erster Linie Betroffenen geregelt werden sollten. Die strategischen Rüstungen sollten in den SALT-Gesprächen über die nukleare Beschränkung der beiden Weltmächte angegangen werden und die ausgewogene gegenseitige Reduzierung der Truppen in Mitteleuropa sollte in kleinerem Kreis der sogenannten MBFR-Staaten betrieben werden. Auf beiden Verhandlungsebenen kann man leider gar keine Ergebnisse vorweisen. Dies ist zweifellos eine Belastung für die weitere Entwicklung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Wir Deutsche sind am ehesten daran interessiert, daß im Bereich der Rüstungskontrolle und -beschränkung endlich Fortschritte erzielt werden, und wir sollten aktiv, natürlich nur immer in Gemeinsamkeit mit unseren Verbündeten, auf nächste Schritte drängen.

Der Entspannungsprozeß stellt an die DDR-Führung mit ihrem in jeder Hinsicht so besonderem Verhältnis zur Bundesrepublik große, belastende Anforderungen. Wenn in der Führung der DDR geglaubt werden sollte, daß die Grenze dieser Belastbarkeit erreicht sei, dann kann es nur in unserem Interesse liegen, wenn wir auf der Konferenz und in den direkten deutschen Kontakten darüber sprechen und auch unsere

Belastungen, die sich aus der Spaltung ergeben, deutlich auf den Tisch legen. Die Last der Nachkriegsgrenzen und -spaltungen ist unser gemeinsames Erbe der Hitler-Barbarei und der gegenteiligen Interessen der vier Siegermächten.

Nun, es hat sich auf den Gebieten der Beziehungen von Mensch zu Mensch, im Bereich des Verkehrs und auf einer Reihe anderer Gebiete in den letzten zwei Jahren seit Helsinki doch vieles weiter entwickelt.

In der Berlin-Frage scheint sich die DDR-Führung noch nicht mit dem gegenwärtig bestehenden Status der Stadt abfinden zu wollen, nämlich daß Berlin zwar nicht vom Bund regiert wird, daß Berlin kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik ist, daß aber die Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik aufrechterhalten und entwickelt werden sollen. Immer wieder stellt man das Bestreben fest, Berlin von der Bundesrepublik zu isolieren. So wie es vielleicht der eine oder andere im Westen erst begreifen mußte, daß es nicht nützlich ist, an dem gewachsenen Status von Berlin zu rütteln, so muß es auch den maßgebenden Kräften in Ostberlin klar werden, daß man Entspannung in Deutschland und in Europa nur haben kann, wenn man um Berlin die Versuche aufgibt, ungeliebte Ergebnisse des Viermächte-Abkommens nachträglich zu korrigieren.

Dazu gehört auch die Warnung an unsere Opposition in der Bundesrepublik, auf störende Unkenrufe zu verzichten. Am 10. März dieses Jahres hat der außenpolitische Sprecher der Opposition, Herr Dr. Marx, erklärt, die nächste Berlinkrise kommt bestimmt. Und wir sollen uns frühzeitig darauf einstellen. Nun, die Unternehmer, die dem geglaubt haben, warten heute noch und halten ihre Berlin Investitionen zurück. Aber die Prophezeiung der Opposition läßt auf sich warten. So kann man der Stadt auch Schaden zufügen. Trotzdem liegt die Arbeitslosenquote in Berlin unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik. Dies ist eine Leistung der politischen Führung in Berlin.

Leider ist es noch nicht zu den erwarteten Verhandlungen zwischen der DDR-Führung und der Bundesrepublik gekommen. Berlin ist besonders an neuen Ergebnissen interessiert. Der Berliner Senat muß sich hier auf die Bundesregierung verlassen. Separate Verhandlungen sind der erste Schritt in Richtung des Wunsches der DDR, Berlin zu separieren.

Dieser Tage hat ein Oppositionssprecher den Vorschlag gemacht, zwischen der Bundesrepublik und der DDR eine offene Diskussion zu organisieren. Die DDR-Führung hat dazu nicht die Kraft, denn das Angebot des Redneraustausches zwischen den führenden Parteien in beiden Teilen Deutschlands, von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagen, liegt seit Jahren vor, ist von uns nie zurückgezogen worden, aber von der DDR und SED nicht akzeptiert worden.

Vielleicht ist aber eine interessante Nachricht, daß in Ungarn ein internationaler Frühschoppen à la Höfer im Fernsehen und Rundfunk eingeführt wurde. Die KSZE lockert eben doch auf. (-/6.8.1977/ks/ja)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Fragen zum Mordfall Ponto  
-----

Wie sehr sind wir mitschuldig?

Von Heinrich Albertz

Pfarrer und ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht den Wortlaut des "Wortes zum Sonntag", das Pfarrer Heinrich Albertz am Samstagabend im Deutschen Fernsehen sprach:

Die Trauerfeier für Jürgen Ponto ist vorüber. Als der, der heute das Wort zum Sonntag zu sprechen hat, will ich an diesem neuen Mord an einem unserer Mitbürger nicht vorbeireden. Ich habe spätestens seit der Entführung von Peter Lorenz immer wieder gefragt, wie Verbrechen dieser Art in unserem Land möglich werden können. Wie sehr wir alle bei der unvertretbaren Verantwortung der Täter mitschuldig sind, daß junge Menschen sich so verirren: durch unser eigenes Verhalten; durch die Fehler und Versäumnisse beim Ernstnehmen der Grundwerte unseres Zusammenlebens in Staat und Gesellschaft; durch die immer enger werdenden Chancen für die Zukunft junger Menschen; durch mangelndes Vertrauen auf gewaltlose Veränderung unserer Welt zum Besseren; durch viel Angst und Leisetreterei also. Ich brauche das nicht als etwas Neues vorzubringen.

Heute aber will ich ganz gezielt und deutlich die ansprechen, die immer noch glauben, sich mehr oder weniger heimlich über den Tod eines Mächtigen freuen zu können. Die im Hintergrund oder im Untergrund des Terrors helfen. Sie helfen Mördern. Und was mindestens ebenso schlimm ist, sie helfen jeder reaktionären Wendung weg von Freiheit und Frieden in unserem Land. Ja, sie bringen jede kritische, radikale Bürgerhaltung in Verruf.

Ich sage das als Pfarrer. Bescheidener: als einer, der versucht, ein Christ zu sein. Ich sage das, nachdem ich vor einem Jahr in dieser Sendung über das 1. Gebot gesprochen habe. Denn die Grundnormen unseres menschlichen Zusammenlebens sind keine menschliche Erfindung. Gott sagt: Du sollst nicht töten. Wer brutale Gewalt übt, wer mordet, wer Mörder unterstützt, wird nicht nur an seinen unmittelbaren Opfern schuldig. Er zerschneidet jeden Lebenszusammenhang, er zerstört das Bild des Menschen, der ein Geschöpf Gottes ist, er endet dort, wo wir schon einmal geendet sind, als ein Mörder unser Volk regierte.

Darum ist weniger der Ruf nach härteren Gesetzen, nach noch mehr Polizei, nach besseren Fahndungsmethoden, so wichtig sie sein mögen, das Entscheidende, sondern die Grundhaltung jedes einzelnen von uns. Gerade jedes einzelnen, der tief besorgt ist um unseren Weg in die Zukunft, jedes jungen Menschen vor allem. Ihr wollt doch leben und anderen zum Leben helfen. Ich bitte Euch inständig, denkt darüber nach. Bleibt Menschen. Ihr seid es doch. Oder?

(-/9.8.1977/bgy/lo)

+ + +